

Leitfaden zu Klausurbearbeitung und Gutachtenstil

Siehe hierzu auch:

- die Anleitung zur Lösung bürgerlich- und handelsrechtlicher Fälle auf der Homepage von Dr. Wirth:
(<http://wirth.uni-mannheim.de/downloads/kurzanleitung/kurzanleitung2005.pdf>)
- eine sehr ähnliche Einführung in den Gutachtenstil mit Fallbeispiel bei der ausformulierten Lösung von Fall 2 auf Arbeitsblatt 1.

Anmerkungen und Verbesserungsvorschläge nehme ich jederzeit gerne entgegen:
tkoeppel@rumms.uni-mannheim.de

A. Einführung

Die anstehende Klausur im Bürgerlichen Recht wird, ebenso wie die Klausur im Handelsrecht im nächsten Semester, im sog. Gutachtenstil geschrieben. Es handelt sich dabei um einen Schreibstil, der das Ergebnis einer juristischen Prüfung bis zum Schluss offen lässt. Der Leser wird sozusagen „an die Hand genommen“ und durch die gedanklichen Schritte geführt, die zur Beantwortung einer juristischen Frage erforderlich sind. Dabei sind in der Klausur in aller Regel bestimmte Ansprüche zu prüfen. Anspruch ist gemäß 194 I BGB das Recht, von einem anderen ein Tun oder Unterlassen zu verlangen.

Eine bloß stichpunktartige Prüfung ist in der Klausur unzulässig. Es ist ein Fließtext in ganzen deutschen Sätzen zu schreiben, wobei es sich allerdings empfiehlt, diesen durch Absätze und Aufzählungszeichen zu gliedern (siehe dazu noch den Formulierungsvorschlag unter E.). Darüber hinaus können in gewissem Umfang auch gängige Abkürzungen benutzt werden, z.B. KV (Kaufvertrag), WE (Willenserklärung), SchE (Schadensersatz). Das darf allerdings nicht dazu führen, dass der Text nur noch aus einer Aneinanderreihung von Abkürzungen besteht!

Im Gegensatz zum Gutachtenstil steht der sog. Urteilsstil, der –wie der Name schon sagt– in Gerichtsurteilen Anwendung findet. Dieser funktioniert umgekehrt, indem zuerst die Entscheidung bzw. das Ergebnis festgestellt wird und erst dann die Begründung folgt, damit sich der Leser des Urteils schnell einen Überblick über die Entscheidung verschaffen kann. Der Urteilsstil sollte in der Klausur weitestgehend vermieden werden, weil er dazu verleitet, sich auf dem bereits festgestellten Ergebnis „auszurufen“ und die Begründung zu vernachlässigen.

Die Begründung ist allerdings gerade die Klausurleistung, die von euch verlangt wird!

Die Rechtslage ist häufig unklar, weshalb sich viele juristische Fragen unterschiedlich entscheiden lassen. Wieso gäbe es sonst so viele Gerichtsverfahren und höchstrichterliche Entscheidungen? Dementsprechend kommt es weniger darauf an, dass ihr die konkreten Ergebnisse zu Papier bringt, sondern, dass ihr die gedanklichen Schritte darlegt, die zu diesem Ergebnis hinführen. Ausführungen im Urteilsstil ala „Das Ergebnis ist so und so, weil ...“ solltet ihr daher weitestgehend vermeiden.

Die richtige Herangehensweise mit Blick auf den Gutachtenstil ist vielmehr:

„Zu prüfen ist (**Obersatz**) ... das setzt voraus (**Definition**) ... es war im Sachverhalt so und so, weshalb die Voraussetzungen der Definition erfüllt sind / nicht erfüllt sind (**Subsumtion**) ... und deshalb ist das **Ergebnis** wie folgt ...“

Die bereits genannten Schritte des Gutachtenstils werden im Folgenden noch ausführlicher dargestellt.

Eine knappe Abhandlung im Urteilsstil ist nur ausnahmsweise zulässig und nur dann, wenn Zeitnot besteht und bestimmte Voraussetzungen erkennbar unproblematisch bzw. unbedeutend sind (wie z.B. die Frage der Verschuldensfähigkeit im Rahmen von § 823 I BGB, wenn offensichtlich keine Ausnahmen nach §§ 827, 828 BGB vorliegen).

B. Zu Beginn der Fallbearbeitung

I. Sachverhalt lesen

Lest den Sachverhalt aufmerksam und vergegenwärtigt euch, was genau passiert ist. Es bietet sich an, die wichtigsten Stichpunkte mit Leuchtfarben zu markieren, eventuell auch in unterschiedlichen Farben. Achtet dabei auch auf Details, da diese für die Falllösung oft entscheidend sein können. Auf der anderen Seite können im Sachverhalt allerdings auch Ausführungen vorkommen, die lediglich der Ausschmückung dienen und für die Falllösung nicht von Relevanz sind. Es liegt an euch, die wichtigen Details von den unwichtigen zu unterscheiden. Haltet euch in jedem Fall an den Sachverhalt! Es dürfen keine Informationen „hinzugedichtet“ werden.

II. Fragestellung beachten

Beachtet unbedingt, wonach im Sachverhalt gefragt ist! Für Ausführungen, die nicht der Fragestellung entsprechen, gibt es keine Punkte! Wie bereits gesagt, ist meistens nach bestimmten Ansprüchen unter bestimmten Personen gefragt, etwa:

„Welche Ansprüche hat A gegen B?“

Es sind unterschiedliche Anspruchsinhalte denkbar, etwa auf Schadensersatz oder auf Kaufpreiszahlung. Zudem müsst ihr eine Reihe von Anspruchsgrundlagen für die Klausur kennen, d.h. Vorschriften, die einen Anspruch begründen, wie etwa § 823 I BGB oder § 433 II BGB.

Gegebenenfalls kann auch einmal nur die Prüfung einer abstrakten Rechtsfrage von euch verlangt sein, wobei das eher selten vorkommt:

„Ist ein Kaufvertrag zustande gekommen?“

Die Frage „Wie ist die Rechtslage?“ ist in der Klausur ebenfalls selten. Sollte sie dennoch auftauchen, so müsst ihr sämtliche Ansprüche zwischen allen beteiligten

Personen prüfen, die aufgrund der konkreten Fallgestaltung ernsthaft in Betracht kommen.

C. Die vier Schritte des Gutachtenstils

I. Obersatz

Der Obersatz leitet die Prüfung ein, indem er bezeichnet, was im Folgenden geprüft wird, und das Ergebnis dabei zunächst offen lässt.

Jede Anspruchsprüfung beginnt mit einem Obersatz (sozusagen dem „großen“ Obersatz), der die berühmten „vier Ws“ bezeichnen muss:

„Wer will was von wem woraus?“

Eine klassische Formulierung im Konjunktiv lautet:

„A könnte gegen B einen Anspruch auf *Schadensersatz* aus § 823 I BGB haben.“

Obersätze können allerdings auch innerhalb der Anspruchsprüfung gebildet werden (sozusagen „kleine“ Obersätze), etwa wenn man die Prüfung einer bestimmten Tatbestandsvoraussetzung einleitet, so z.B. bei der Verletzung eines absoluten Rechts im Rahmen von § 823 I BGB:

„A *könnte* das Eigentum des B verletzt haben.“

Daneben sind auch andere Formulierungen möglich wie „Zu prüfen ist, ob ...“, „In Betracht kommt ...“, „A müsste ein absolutes Recht des B verletzt haben ...“ etc.

II. Definition

Nachdem mit dem Obersatz die „Richtung“ der Prüfung vorgegeben wurde, werden die Voraussetzungen genannt, die erfüllt sein müssen, damit die juristische Frage (meistens die Frage, ob ein Anspruch besteht), bejaht werden kann. Bei einem Anspruch aus § 823 I BGB sind das etwa:

I. Haftungsbegründender Tatbestand

1. Verletzung eines absoluten Rechts
2. Rechtswidrigkeit
3. Verschulden

II. Haftungsausfüllender Tatbestand (§§ 249 ff. BGB)

Gegebenenfalls muss auf mehreren Ebenen definiert werden. So reicht es etwa nicht, als eine Voraussetzung für den Anspruch aus § 823 I BGB die Verletzung eines absoluten Rechts zu nennen. Es müssen die Rechte, die im konkreten Fall in Betracht kommen, auch noch einzeln definiert werden. Beispiel mit Blick auf die Prüfung einer Eigentumsverletzung:

„Eigentum ist nach § 903 BGB das dingliche Vollrecht an einer Sache, das es dem Eigentümer ermöglicht, mit der Sache nach Belieben zu verfahren und andere von jeder Einwirkung auszuschließen.“

III. Subsumtion

(von lat. „subsumere“ = eingliedern, untergliedern)

In diesem Schritt wird zunächst derjenige Ausschnitt des Sachverhalts genannt, der in Bezug auf die entsprechende Definition von Relevanz ist, und daraufhin geprüft, ob dieser die Definition erfüllt. Sachverhalt und Definition werden sozusagen „miteinander vermengt“. Beispiel:

„A hat die Sache des B beschädigt und somit ohne dessen Willen auf die Sache eingewirkt.“

Das war nun ein sehr einfaches Beispiel. Doch bei juristisch problematischen Fragen ist die Subsumtion sozusagen das „Herzstück“ eures Gutachtens. Dann spielt an dieser Stelle auch wirklich die Musik.

Am Anfang neigt man oft dazu, gerade wenn die Erfüllung der Definition offensichtlich ist, die Subsumtion zu unterschlagen und gleich aufs Ergebnis zu springen. Davon kann man sich allerdings abhalten, indem man sich ermahnt, in der Prüfung in jedem Fall nicht nur auf die rechtlichen Voraussetzungen, sondern immer auch auf den Sachverhalt Bezug zu nehmen.

Merkt euch: Ihr müsst alle relevanten Aspekte des Sachverhalts irgendwo in eurem Gutachten unterbringen!

IV. Ergebnis

In diesem Schritt wird das Ergebnis der Subsumtion festgestellt, z.B. in Bezug auf das soeben genannte Beispiel:

„Somit hat A das Eigentum des B verletzt.“

Die Schritte „Subsumtion“ und „Ergebnis“ gehen oft fließend ineinander über.

D. Klausurtaktik / das „Ziehharmonikaprinzip“

Wie ihr seht, kann es ganz schön ausführlich werden, wenn man etwas sauber im Gutachtenstil abhandelt. Der Gutachtenstil steht daher in einem Spannungsverhältnis mit der Zeitnot in der Klausur. Es ist nicht möglich, alle rechtlich relevanten Punkte in voller Ausführlichkeit abzuhandeln. Man muss Schwerpunkte setzen.

Daher empfehle ich euch aufgrund meiner Klausurerfahrung:

Zunächst einmal solltet ihr versuchen, mit der Klausur fertig zu werden. Ich sage es vorneweg: Ihr werdet in der Klausur unter erheblichem Zeitdruck stehen. Fertigwerden heißt daher nicht, alles ausführlich abzuhandeln (das werdet ihr in der Regel nicht

schaffen), sondern zumindest zu jeder Aufgabe etwas zu schreiben, auch wenn es teilweise nur ein paar knappe Sätze sind.

Ich würde nicht so herangehen, dass man versucht, mehr Punkte bei bestimmten Aufgaben zu holen, indem man diese ausführlicher behandelt und andere Aufgaben dafür weglässt. Diese Herangehensweise birgt nämlich die Gefahr, dass man sich in einer zu ausführlichen Prüfung verliert und die zusätzlichen Punkte, die man dadurch möglicherweise bekommt, die verlorenen Punkte bei den nicht bearbeiteten Aufgaben nicht kompensieren. Ich sage möglicherweise, weil eine Prüfung nicht immer dadurch besser wird, dass man ausführlicher prüft – gerade, wenn man mit seiner Lösung auf dem „Holzweg“ ist. Deshalb sollte man meines Erachtens lieber zu allen Aufgaben etwas schreiben und somit seine Risiken, dass man irgendwo Quatsch erzählt, sozusagen „diversifizieren“.

Haltet es mit eurer Klausur wie mit einem Aktienportfolio. Setzt nicht alles auf eine Aktie, sondern kauft verschiedene Aktien! Dann könnt ihr es verkraften, wenn eine Aktie mal komplett den Bach runtergehen sollte.

Erfahrungsgemäß schafft man es, vielleicht die Hälfte bis 2/3 der Klausur einigermaßen ausführlich zu bearbeiten. Danach muss man sich knapper halten. Kein Problem: Wenn man zeigt, welche Normen bei einer bestimmten Aufgabe herangezogen werden und welche Voraussetzungen diese haben, ist oftmals schon einiges gewonnen.

Ein paar knappe Sätze machen einen weitaus besseren Eindruck als wenn bei einer Aufgabe überhaupt nichts steht – und der Korrektor dann auch nicht weiß, ob ihr zu der Aufgabe etwas wusstet.

Wenn ihr diesen Rat beherzigt und euren Gesamtaufwand daher so auf die Klausur verteilt habt, dass ihr im Wesentlichen fertig werden könnt, müsst ihr zudem die Ausführlichkeit eurer Ausführungen zu bestimmten Punkten daran anpassen, wie problematisch diese in juristischer Hinsicht sind. Pauschal sagen kann man das leider nicht. Ihr müsst im Laufe des Semesters ein Gefühl dafür entwickeln. Auch ergibt sich das oft aus dem Sachverhalt. Finden sich im Sachverhalt breite Ausführungen zu einem bestimmten Punkt, so liegt in der Regel an dieser Stelle auch ein Schwerpunkt bei der Prüfung. So muss bei Fall 4 auf Arbeitsblatt 1 etwa erkannt werden, dass der Schwerpunkt der Prüfung bei dem Rechtfertigungstatbestand des § 904 S. 1 BGB liegt. Folglich sollten sich eure Ausführungen hierauf konzentrieren.

Bei juristisch problematischen Punkten gilt es, den Gutachtenstil wie eine „Ziehharmonika ausziehen“ und ausführlich zu prüfen.

Bei juristisch unproblematischen Punkten muss die „Ziehharmonika“ dann wiederum „zusammengedrückt“ werden. Dann kann ausnahmsweise auch einmal in den Urteilsstil übergegangen werden.

E. Formulierungsvorschlag für die Klausur

Anhand der Prüfung des § 823 I BGB bei Fall 1 auf dem Arbeitsblatt 1 (unerlaubte Handlungen). Aus Gründen der Übersichtlichkeit empfehle ich euch, das Gutachten in der Klausur auch wie folgt in Absätze mit Aufzählungszeichen zu untergliedern, wobei z.B. unter A. I. 1. a) oder c) die vier Schritte des Gutachtenstils ruhig in einem Absatz abgehandelt werden können. Es wird in der nachfolgenden Prüfung nur deshalb in so viele Absätze unterteilt, um die Schritte des Gutachtenstils besser veranschaulichen zu können. Zu viele Absätze in eurer Klausur stören allerdings wiederum den Lesefluss.

Die nachfolgende Prüfung ist sehr ausführlich, um den Gutachtenstil möglichst gut veranschaulichen zu können. In der Klausur werdet ihr in dieser Ausführlichkeit nur stellenweise, bei den wirklich relevanten Punkten, schreiben können.

Ansonsten könnte euer Gutachten in der Klausur zu Fall 1 auf Arbeitsblatt 1 wie folgt aussehen (natürlich ohne die roten Anmerkungen, die lediglich zeigen, um welchen Schritt des Gutachtenstils es sich gerade handelt):

A. A könnte gegen D einen Anspruch auf Schadensersatz aus § 823 I BGB haben. (Obersatz)

I. Hierzu müsste zunächst der haftungsbegründende Tatbestand erfüllt sein. (Definition und gleichzeitig neuer Obersatz)

1. D müsste ein absolutes Recht der A verletzt haben. (Definition und gleichzeitig neuer Obersatz) Hierunter versteht man jedes Recht, das Abwehrwirkung gegenüber jedermann entfaltet. (Definition)

a) Es könnte zunächst eine Körperverletzung durch D vorliegen. (Obersatz)

Hierunter versteht man eine Beeinträchtigung der körperlichen Unversehrtheit. (Definition)

Dieter ist beim Fahrradfahren mit der Angela kollidiert, wodurch diese sich einen Knöchelbruch zuzog. Damit hat Dieter die körperliche Unversehrtheit der Angela beeinträchtigt. (Subsumtion)

Es liegt somit eine Körperverletzung durch Dieter vor. (Ergebnis => Kann man auch mit dem vorigen Satz verbinden)

b) Zudem kann man in der Zufügung des Knöchelbruchs auch eine Beeinträchtigung der Gesundheit sehen, d.h. der inneren Körperfunktionen, da hierdurch die Körperfunktion des Gehens für gewisse Zeit beeinträchtigt ist. (Ausnahmsweise Urteilsstil, da bereits eine Körperverletzung angenommen wurde und es auf die Unterscheidung zwischen Körper und Gesundheit deshalb nicht mehr ankommt.)

c) Zudem könnte Dieter das Eigentum der Angela verletzt haben. (Obersatz)

Eigentum ist gemäß § 903 BGB das umfassende dingliche Recht an einer Sache, mit der der Eigentümer nach Belieben verfahren und andere von jeder Einwirkung ausschließen kann. (Definition)

Durch die Kollision wurde der antike Füllfederhalter der Angela beschädigt. Auf diese Weise hat Dieter ohne den Willen der Angela auf deren Eigentum eingewirkt und somit ihr Eigentum verletzt. (Subsumtion + Ergebnis)

2. Die Verletzung der absoluten Rechte müsste auch rechtswidrig gewesen sein. (Definition und gleichzeitig neuer Obersatz)

Dies ist der Fall, wenn sie nicht im Einklang mit der Rechtsordnung stand. Dabei wird die Rechtswidrigkeit grundsätzlich durch die Tatbestandsmäßigkeit indiziert. Sie entfällt nur dann, wenn Rechtfertigungsgründe eingreifen. (Definition)

Solche sind im vorliegenden Fall allerdings nicht ersichtlich, weshalb Dieter rechtswidrig handelte. (Subsumtion + Ergebnis)

3. Dieter müsste die Rechtsgutsverletzung auch verschuldet haben, d.h. mit Blick auf die Rechtsgutsverletzung vorsätzlich oder fahrlässig gehandelt haben. (Definition und gleichzeitig neuer Obersatz)

- a) Vorsatz liegt vor, wenn der Schädiger mit Wissen um und Wollen des Erfolgs, d.h. der Verletzung eines absoluten Rechts, handelt. (Definition)

Dieter fuhr Angela an, weil er sich von seiner Lieblings-Kommilitonin Christine ablenken ließ und Angela deshalb übersah. Er war sich vor der Kollision nicht der Tatsache bewusst, dass er mit seinem Verhalten die Rechtsgüter der Angela gefährdete, und hatte somit keinen Vorsatz. (Subsumtion + Ergebnis)

- b) Dieter könnte allerdings fahrlässig gehandelt haben. (Obersatz)

Hierunter versteht man gemäß § 276 II BGB die Außerachtlassung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt. Diese wird objektiv bestimmt, wobei es auf typische Fähigkeiten und Kenntnisse von Angehörigen einer bestimmten Gruppe von Verkehrsteilnehmern ankommt. (Definition)

Eine besondere gesetzlich geregelte Sorgfaltspflicht enthält § 26 I StVO, wonach Fahrzeuge an Fußgängerüberwegen den zu Fuß gehenden, welche den Überweg erkennbar benutzen wollen, das Überqueren der Fahrbahn zu ermöglichen haben. Sie dürfen nur mit mäßiger Geschwindigkeit heranfahren und müssen, wenn nötig, warten. (Definition)

Dieter ließ sich beim Fahrradfahren durch seine Lieblings-Kommilitonin Christine ablenken, der er einen sehnsüchtigen Blick hinterherwarf. Dadurch übersah er Angela und kollidierte mit ihr, als diese gerade den Zebrastreifen überqueren wollte. Da er Angela die Überquerung des Zebrastreifens nicht ermöglichte, hat er gegen die spezielle Sorgfaltspflicht aus § 26 I StVO verstoßen. (Subsumtion)

Dieter hat somit in Bezug auf die Verletzung der Rechtsgüter der Angela fahrlässig gehandelt. (Ergebnis)

- c) Dieter war auch verschuldensfähig, da Ausnahmen nach §§ 827, 828 BGB nicht ersichtlich sind. (Ausnahmsweise im Urteilsstil abgehandelt, da dies völlig unproblematisch ist und der Sachverhalt keine Anhaltspunkte bietet.)

4. Der haftungsbegründende Tatbestand ist somit erfüllt. (Ergebnis)

II. Zu prüfen ist weiterhin der haftungsausfüllende Tatbestand. (Obersatz)

1. Danach hat Dieter den durch die Rechtsgutsverletzung zurechenbar verursachten Schaden gemäß §§ 249 ff. BGB zu ersetzen. (Definition)

Anmerkung: Die nachfolgende Prüfung ist schon sehr ausführlich. Die kursiven Textbausteine braucht man meines Erachtens nicht immer aufführen, wenn es nicht gerade besonders problematisch ist.

Schaden ist jede unfreiwillige Einbuße an materiellen und immateriellen Gütern. Dieser bestimmt sich nach der sog. Differenzhypothese durch einen Vergleich zwischen dem tatsächlichen Zustand nach der Schädigung und demjenigen, der ohne die Schädigung bestünde. Es gilt der Grundsatz der Naturalrestitution gemäß § 249 I BGB, wonach der Schädiger den von ihm verursachten Schaden grundsätzlich durch eigenes Handeln zu beseitigen hat. (Definition)

- a) Aufgrund des Knöchelbruchs sind der Angela Behandlungskosten entstanden. Diese kann sie als den für die Herstellung erforderlichen Geldbetrag von B gemäß § 249 II 1 BGB ersetzt verlangen. A könnte hiernach theoretisch auch nur die Auszahlung verlangen, ohne die Behandlung tatsächlich durchführen zu lassen, was allerdings umstritten ist. (Definition + Subsumtion + Ergebnis)

Wäre D Arzt, so könnte A gemäß § 249 I BGB nach ihrer Wahl theoretisch auch verlangen, dass D sie selbst behandelt. D ist allerdings Student und somit nicht dazu befähigt. (Definition + Subsumtion + Ergebnis)

Da es sich um eine Körperverletzung bzw. Gesundheitsbeeinträchtigung handelt, kann A zusätzlich gemäß § 253 II BGB „Schmerzensgeld“ verlangen, d.h. eine billige Entschädigung in Geld für die infolge des Knöchelbruchs erlittenen immateriellen Nachteile wie Schmerzen und sonstige Unannehmlichkeiten. (Definition + Subsumtion + Ergebnis)

- b) Ferner ist Angela ein Vermögensschaden durch die Beschädigung des Füllfederhalters entstanden. (Subsumtion)

Hierfür kann sie gemäß § 249 II BGB die Übernahme der Reparatur- bzw. Wiederanschaffungskosten verlangen. Diese kann sich auch dann ersetzt verlangen, wenn sie die Reparatur gar nicht durchführen lässt (fiktive Reparatur- / Wiederanschaffungskosten). Umsatzsteuer ist jedoch gemäß § 249 II 2 BGB nur

ersatzfähig, soweit sie tatsächlich angefallen ist. (Definition + Subsumtion + Ergebnis)

Auch in Bezug auf den Füllfederhalter gilt, dass A grundsätzlich gemäß § 249 I BGB die Schadensbeseitigung von Dieter selbst verlangen könnte, d.h. dass dieser den Füller repariert. Es erscheint allerdings ebenfalls unwahrscheinlich, dass dieser hierzu in der Lage ist. (Definition + Subsumtion + Ergebnis)

2. Die haftungsausfüllende Kausalität zwischen Rechtsgutsverletzung und diesen Schäden ist ebenfalls gegeben. (Ergebnis => Wiederum kurz, weil Kenntnisse hierzu nicht erwartet werden. Es wäre auch kein Beinbruch, diesen Punkt in der Klausur ganz wegzulassen.)

- III. A kann somit von D aus § 823 I BGB Schadensersatz in Höhe der Behandlungs- und Reparatur- bzw. Wiederanschaffungskosten sowie Schmerzensgeld verlangen. (Ergebnis)